

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Newspaperzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postschekkonto: Vormärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Kampf um den Brotpreis

Bäckermeister gegen Brotfabrikanten: Brotpreis 46 Pfennig Berliner Fleischermeister erklären: Schweinefleisch 5 Pfennig billiger

Vom Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins wird mitgeteilt, daß entsprechend einem bindenden Beschluß von Donnerstag, dem 13., ab in allen Berliner Bäckereien ein Brot im Gewicht von 2 1/2 Pfund zum Preise von 46 Pfennig verkauft wird. Der Verband geht gegen jeden Bäcker, der etwa einen höheren Preis verlangen, oder ein geringeres Gewicht beim Brot verkaufen sollte, mit den schärfsten Mitteln vor.

Wie die B.S.-Korrespondenz erfährt, ist dieser Beschluß zustande gekommen auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Vertrauensleute des Berliner Bäckergewerbes. Die Preisfestsetzung, die vom Donnerstag an in Kraft tritt, bedeutet eine offene Kampfanzeige an die Brotfabriken, die bekanntlich an einem Preis von 48 Pfennig festhalten wollten. Schon bei den Verhandlungen im Reichsernährungsministerium ist es zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Bäckermeistern und den Brotfabrikanten gekommen, da bei den Besprechungen mit Minister Schiele die Vertreter der Bäcker erklärten, daß der Wobart des Brotpreises um 4 Pfennig zwar ein Opfer bedeute, daß aber die Bäcker entschlossen seien, trotzdem mit dem Preisabbau zu beginnen und daß der Preis von 46 Pfennig gerade noch vertretbar (!) sei.

Nach dieser Sitzung im Ernährungsministerium ist es zwischen den Vertretern der Bäcker und der Brotfabriken dann zu sehr scharfen Auseinandersetzungen gekommen, da die Brotfabrikanten ihren kleineren Konkurrenten „offenen Verrat“ vorwarfen.

Der Bezirksverein Berlin im Deutschen Fleischerverband schreibt uns, er habe sich bereit erklärt, mit dem Reichsernährungsministerium in ständiger Fühlung zu bleiben und die Gewähr dafür zu übernehmen, daß der Preisabbau von 5 Pfennig pro Pfund für frisches Schweinefleisch auch tatsächlich ausgeführt wird. Der Vorsitzende des Bezirksvereins habe als Vorstandsmitglied des Deutschen Fleischerverbandes und als Vorsitzender des Bezirksvereins an allen Sitzungen im Reichsernährungsministerium teilgenommen und erklärt, daß niemals als Gegenleistung ein Lohnabbau verlangt wurde. Als Gegenleistung haben wir vielmehr verlangt: Senkung der allgemeinen öffentlichen Lasten, Steuern und Wertstoffe.

Empörung der Metallarbeiter. Der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes über den Schiedsspruch.

Wie bereits kurz mitgeteilt, hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu heute den erweiterten Beirat nach Berlin berufen. Diese verantwortlichen Vertreter aus ganz Deutschland berichten von großer Erregung, die sich der gesamten Mitgliedschaft bemächtigt hat über den Schiedsspruch, der die Berliner Bewegung beendete. Ganz besonders stark wird betont, daß es jetzt doppelt notwendig ist, in den zur Zeit schwebenden und bevorstehenden Kämpfen alle Kraft einzusetzen, um einer Wirkung des Berliner Schiedsspruches für das übrige Reich zu begegnen.

Das Treiben der kommunistischen Partei und ihrer NSD.-Gente findet erklärlicherweise die rückflichtigste Verurteilung, und in der bisher geäußerten Sprache wurde ebenso nachdrücklich gefordert, daß auch diesem Treiben ein Ende bereitet werden muß, wenn nicht den Unternehmern und ihren Handlangern noch größere Hilfe geleistet werden soll.

Die Beratungen sind um die Mittagsstunde über das Anfangsstadium noch nicht hinaus. Es ist damit zu rechnen, daß der erweiterte Beirat in einer Entscheidung seine Ansicht zu der Berliner Bewegung und zu dem Gesamtkomplex der behandelten Fragen zum Ausdruck bringen wird.

Nazi-Studenten prügeln Studentin Die „Ritterlichkeit“ in Reinkultur — Universitätsbehörden machtlos gegen Rüpel

Die sozialistische Studentenschaft an der Universität Berlin verteilte heute ein Flugblatt, in dem sie darauf hinweist, daß es in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise bei einer Arbeitslosigkeit von drei Millionen die sogenannte „Allgemeine Studentenschaft“, die unter Führung der Nationalsozialisten steht, keine anderen Sorgen hat, als einen Ball zu veranstalten, zu dem Eintrittspreise von 3 bis 8 Mark gefordert werden.

Die Nationalsozialisten versuchten nun den sozialdemokratischen Studenten die Flugblätter zu entreißen. Dabei wurde ein sozialistischer Student blutig geschlagen. Die Polizei griff ein und verhaftete drei Nationalsozialisten. Als sich die republikanischen Studenten um 11 Uhr von ihren Brettern in die Hörsäle begeben wollten, wurden sie von den Nationalsozialisten daran gehindert.

Die Prügeleien setzten sich dann im Garten der Universität fort. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Dehmann, erschien; es gelang ihm, sich für eine kurze Ansprache Ruhe zu verschaffen. Er forderte die Studenten auf, sich in Ruhe an ihre Arbeit zu begeben und die vorhandenen Gegenstände mit geistigen Waffen auszutragen.

Daraufhin erklärten sich die Führer der sozialistischen Studentenschaft bereit, für heute die Flugblattverteilung abzubrechen. Die Nationalsozialisten setzten trotz der Mahnung des Rektors ihre Demonstrationen fort. Eine jüdisch aussehende Studentin wurde im Innern der Universität zu Boden geworfen, mißhandelt und mit Füßen getreten, ohne daß die Universitätsbehörden einschritten.

Die Polizei achtete trotz dieser Vorfälle das Hausrecht der Universität und betrat das Universitätsgebäude nicht. Die Universitätsbeamten waren gegen die nationalsozialistischen Demonstrationen machtlos.

Im weiteren Verlauf der Zusammenstöße in der Universität

wurde ein sozialdemokratischer Student von einem Nationalsozialisten durch Schläge mit einem Totschläger verletzt. Es wurden von den Nationalsozialisten zwei Schüsse abgegeben, ohne daß jemand verletzt wurde. Die Polizei, die während des ganzen Tages in erhöhter Alarmbereitschaft stand, schritt ein und räumte den Vorhof der Universität mit dem Gummiknüppel. Sieben Studenten wurden in Haft genommen.

Beratungen über Finanznot. Ausschüsse des Reichsrats. — Haushaltsausschuß des Reichstages.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates trafen am Mittwochvormittag zusammen, um die zweite Lesung des Gehaltskürzungsgesetzes und des Gesetzes über die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung vorzunehmen. Den Vorsitz der Verhandlung führte wieder Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Auch die Minister der Länder waren zum Teil wieder persönlich zu den Verhandlungen erschienen.

Zunächst stand das Gehaltskürzungsgesetz zur Beratung. Ob eine Vorverlegung des Termins des Inkrafttretens erfolgen wird, steht noch nicht fest. Im Augenblick liegt ein Antrag eines der Länder in dieser Richtung noch nicht vor. Die zweite Lesung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes, das besonders wegen der Frage der Gemeindehaushalte umstritten ist, findet erst am Sonnabend statt. Die zweite Lesung der Tabaksteuernovelle, bei der gleichfalls zahlreiche Bedenken vorgebracht worden sind, soll erst in der nächsten Woche vorgenommen werden. Am Mittwochnachmittag beschäftigten sich die Reichsratsausschüsse mit den Realsteuer- und der Wohnungswirtschaft.

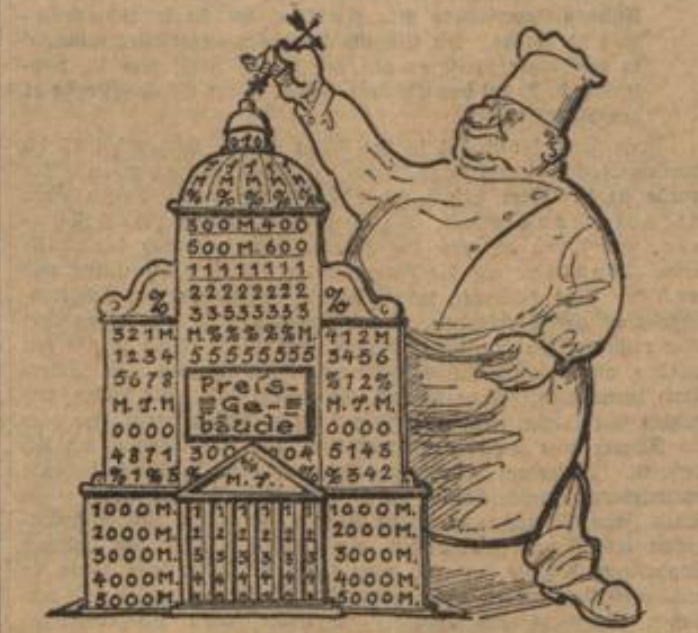
Am Mittwochnachmittag tritt ferner der Haushaltsausschuß des Reichstages zusammen, um die Beratung der Rotverordnungen zu beginnen. Aufhebungsanträge liegen bekanntlich von den Kommunisten, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen vor, während die Wirtschaftspartei die Aufhebung der auf Getränkesteuern bezüglichen Teile der Rotverordnung verlangt hat.

Getarnte Rüstungen. Kein Abrüstungsvertrag ohne genaue Rüstungsangaben.

Genf, 12. November.
Groß Bernstorff hat heute dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß den angekündigten Vorschlag über die Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Staaten unterbreitet, die an der künftigen Abrüstungskonferenz teilnehmen. Der Vorschlag geht davon aus, daß die Abrüstungskonferenz nur dann zu einem praktischen Ergebnis kommen kann, wenn zu Beginn der Konferenz genaue Angaben über die Rüstungen der einzelnen Länder vorliegen, die eine Abrüstungskonvention schließen wollen. Die Ausarbeitung eines Konventionzentwurfs durch den Vorbereitenden Ausschuß genüge nicht. Der Londoner Flottenkonferenz hätten solche Angaben über die maritimen Rüstungen als Verhandlungsgrundlage vorgelegen. Während aber für die Flotten genaue und authentische Statistiken vorhanden seien, sei das bei den Landrüstungen nicht der Fall. Das Militärische Jahrbuch des Völkerbundes sei unvollständig. Seine Angaben seien zum Teil vage und nicht immer zuverlässig.

Der Vorbereitendenausschuß müsse an alle Regierungen, die auf der Konferenz vertreten sein werden, das Ersuchen richten, ihn genaue und einwandfreie Angaben über die Land- und Seerüstungen so rechtzeitig zu liefern, daß sie der Konferenz als Grundlage für ihre Arbeiten dienen können. Aufgabe der jetzigen Tagung sei es, ein Schema für diese Statistiken auszuarbeiten.

Zum Preisabbau



Der Herr Meister: „Dies Gebäude soll ich abbauen? Schön, ich werde mal die Windfahne herunternehmen!“

Rechtsverweigerung.

Staatsanwalt kann gegen Nazis keine Feststellungen treffen.

Braunschweig, 12. November. (Eigenbericht.)

Der Staatsanwalt in Braunschweig hat das Verfahren gegen den Nationalsozialisten Schwiebert aus Hannover und seine Komplizen eingestellt, wegen der angeblichen Unmöglichkeit, einwandfreie Feststellungen treffen zu können.

Im Juni dieses Jahres war Schwiebert mit einer Horde Nazis in eine überfüllte sozialdemokratische Versammlung in Wolfenbüttel gedrungen, die er vergeblich zu sprengen versuchte. Als der Referent, Genosse Bartels, den Schlusssatz seines Schlusswortes sprach, sprangen die Nazis auf Kommando an und begannen eine wilde Schlägerei. Hierbei ging die Saaleeinrichtung in Trümmer, ein Reichsbannerkamerad erlag einem Herzschlag. Fünf Versammlungsteilnehmer wurden schwer und rund 20 leicht verletzt.

Trotzdem nimmt der Staatsanwalt an, daß die Nazis keinen Störungswillen zu erkennen gegeben hätten. Der Braunschweiger „Volkstreu“ war jedoch in der Lage, den Wortlaut eines Geheimbefehls zu veröffentlichen, worin die Mitglieder der Sturmabteilung unter Androhung des Ausschusses zur gewalttätigen Sprengung der Versammlung befohlen waren. Aber der Staatsanwalt hat einen Justizminister, der Franzosen heißt.

Die Nazi-Abgeordneten stimmen gegen ihren Minister.

Braunschweig, 12. November. (Eigenbericht.)

Die braunschweigische Holentreueregierung hatte auf Grund der Rotorverordnung des Reichspräsidenten dem Braunschweigischen Landtage eine Vorlage über die Bürgersteuer gemacht, die die gleichen Steuerhöhen enthielt wie die Rotorverordnung des Reichspräsidenten. Deutschnationale, Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler (also die Mitglieder der bürgerlichen Einheitsliste) waren bereit, diese Vorlage anzunehmen. Die Nationalsozialisten haben aber mit den Sozialdemokraten die Vorlage ihres Ministers Franzosen niedergestimmt. Ueber diese aus agitatorischen Gründen erfolgte Entgeißelung ihrer Koalitionspartner sind die Rechtsparteien des Braunschweigischen Landtags tief enttäuscht.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, wonach wie in den Vorjahren auch in diesem Jahre eine Winterbeihilfe an die Hilfsbedürftigen gewährt werden soll. Die Regierung erklärte, daß sie bei dem Stande des Haushalts nicht in der Lage sei, eine Winterbeihilfe zu bewilligen. Trotzdem stimmten die Nazis für den sozialdemokratischen Antrag, so daß die Nazi-Regierung gegen ihren Willen gezwungen wird, eine Vorlage auszuarbeiten.

Die stärksten Opponenten erhält die braunschweigische Regierung also von den eigenen Anhängern, die aus Angst vor der gesteigerten Agitation der Sozialdemokratie gegen ihre Regierung stimmen.

„Selbstverständliche nationale Pflicht.“ Fürsten, Hofbeamte und ein Mißgeschick der „Deutschen Zeitung“.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte die Tatsache, daß Genosse Löbe auf die Hälfte seiner Bezüge als Reichstagspräsident verzichtet hat, als „selbstverständliche nationale Pflicht“ abgetan. Wir haben darauf an das nationalsozialistische Blatt die Frage gerichtet, welche hochpensiierten Generale, hochabgefundenen Fürsten, höchstbesoldeten Reichsbank- und Reichseisenbahnpräsidenten denn bisher dieser „selbstverständlichen nationalen Pflicht“ nachgekommen seien. Ueber die Generale und Präsidenten schweigt sich die „Deutsche Zeitung“ aus. Ueber die Fürsten weiß sie dagegen folgendes zu sagen:

Wir verzichten darauf, dem „Vorwärts“ den Unterschied zwischen einer Aufwandsentschädigung und der Entschädigung für enteigneten Besitz klarzumachen, und beschränken uns auf die Gegenfrage, ob dem „Vorwärts“ wirklich unbekannt ist, daß nachweislich unzählige im Dienst ergraute höhere und untere Hofbeamten von den sogenannten Fürsten-„Abfindungen“ mitunterhalten werden.

Mit diesem Argument ist die „Deutsche Zeitung“ böse herein gefallen. Bei dem höchst abgefundenen Fürstenhaus, den Hohenzollern, hat

der preussische Staat bereits im Jahre 1919 die Fürsorge für die etwa tausend entlassenen Hofbeamten übernommen und sie den staatlichen Beamten im Ruhestand gleichgestellt.

Die Republik, nicht Wilhelm von Hohenzollern, sorgt also für die „im Dienst ergraute Hofbeamten“. Wilhelm hat 15 Millionen Mark in bar ausgezahlt erhalten, nicht für enteigneten Besitz, sondern als Abfindung für die erloschene Staatsrente. Doch er von diesen 15 Millionen außer seiner eigenen Familie (und vielleicht der Hitler-Partei) noch irgendwem unterstügt, ist bisher nicht bekannt geworden. Nach der von der „Deutschen Zeitung“ proklamierten „selbstverständlichen nationalen Pflicht“ und nach dem Beispiel Löbes hätte Wilhelm 7½ Millionen Mark abgeben müssen. Immerhin wollen wir konstatieren, daß er für die Opfer des Mosdorfer Unglücks einen Kranz im Werte von 20,— (in Buchstaben: zwanzig) Mark gespendet hat.

Die Ausrede der „Deutschen Zeitung“ wegen der zweiten von uns angelegten Verleumdung (gegen Seering) ist nach kümmerlicher. Sie behauptet jetzt, daß sie lediglich dem preussischen Innenministerium „Gelegenheit zu einer Richtigstellung habe geben wollen, die bezeichnenderweise nicht erfolgt sei“. — Wiederum eine glatte Unwahrheit.

Die Richtigstellung ist am Dienstag in der Pressekonferenz erfolgt.

Es ist ein starkes Stück, wenn das Blatt, das die Verleumdung gebracht hat, nicht nur die erfolgte Richtigstellung verheimlicht, sondern auch noch darauflos behauptet, daß keine erfolgt sei. Von dem Erbpächter des „germanischen Biederflusses“ ist man das allerdings gewohnt.

Rundgebung des Reichsbanners.

Das Berliner Reichsbanner wird am kommenden Dienstag, dem 18. November, eine Kundgebung im Berliner Sportpalast veranstalten. Der preussische Staatsminister Carl Seering, der Bundesvorsitzende Otto Höring u. a. werden die Berliner Bevölkerung zur stärksten Aktivität gegen die faschistischen Parteien aufrufen.

Reichsbannerleute in Bundeskleidung haben freien Eintritt, alle anderen Teilnehmer an der Kundgebung zahlen 50 Pf. Die Berliner Delegationen werden in geschlossenen Zügen zu dieser Kundgebung marschieren.

Der Geheimfonds von Steglitz

Kohlengelder in der Tasche des Heizungsingenieurs verschwunden

Vor dem Schöffengericht Schöneberg verantwortet sich heute der Stadtoberingenieur Wilhelm Moellerke, Leiter der Heizungsabteilung des Bezirksamts Steglitz. Es wird ihm vorgeworfen, in den Jahren 1924—1929 in Höhe von etwa 71000 Mark Kohlengelder unterschlagen und zu diesem Zwecke Urkundenfälschungen begangen zu haben.

Der Angeklagte, ursprünglich Schlosser, später Ingenieur, wurde nach Schaffung von Groß-Berlin Leiter der Heizungsabteilung des Bezirksamts Steglitz. Zu seinen dienstlichen Obliegenheiten gehörte auch die Kontrolle der Brennstofflieferungen und die Ueberwachung der Heizanlagen. Die Lieferungen der Kohlen wurde alljährlich ausgeführt und an die mindestfordernde Firma vergeben. Bis zum Frühjahr 1929 war dies die „Vereinigte Berliner Kohlenhändler U. G.“ (VBB), seit dieser Zeit die städtische „Berliner Brennstoffgesellschaft m. b. H.“ (BBG) Pletzeramt. Der Angeklagte hatte die Kohlen abzurufen. Für die erfolgten Lieferungen wurden von der Lieferfirma dem Bezirksamt detaillierte Rechnungen eingereicht. Moellerke hatte die Rechnungen auf ihre Richtigkeit und die Angemessenheit der Preise, der Stadtinspektor Trostien auf ihre rechnerische Richtigkeit zu prüfen. Die Rechnungen gelangten zur Zahlungsanweisung an den Stadtbaurat, der auf Grund der Bescheinigungen des Angeklagten und des Stadtinspektors die Bezahlung der Rechnungen durch die Kasse des Bezirksamts anwies. Es ergab sich also auf diese Weise, daß die

Richtigkeitsbescheinigungen des Angeklagten für die Behörde die einzige Sicherheit

bildeten, daß die bezahlten Brennstoffmengen tatsächlich geliefert waren. Dieser Umstand wurde zum Ausgangspunkt für die amtlichen Bescheinigungen des Stadtoberingenieurs. Er erteilte der VBB größere Aufträge auf Lieferungen von Brennstoffmengen, die alsbald bezahlt, jedoch nicht geliefert werden sollten. Einen Teil der Kohlen rief er nicht ab, sondern richtete an die Lieferfirmen das Ersuchen, ihm den für diese Kohlen bezahlten Kaufpreis zurückzugeben; er brauche das Geld für Reparaturen an

Heizanlagen. In der Annahme, daß der Angeklagte im Auftrage des Bezirksamts handele,

zahlte die beteiligte Berliner Kohlenhändler U. G. die angeforderte Summe tatsächlich zurück.

Für die auf diese Weise erhaltenen 24852 M. kann der Angeklagte keine Belege vorweisen; er behauptet, sie für die Heizungsanlagen ausgegeben zu haben. Als im Jahre 1926 die Befreiung des Bezirksamts Steglitz mit Kohlen an die Berliner Brennstoffgesellschaft m. b. H. übergang, erließen Moellerke bei dem Praktanten der Firma, und bat ihn, fingierte Rechnungen über die Wirklichkeit gar nicht gelieferte Brennstoffe auszustellen, diese sich vom Bezirksamt bezahlen zu lassen und ihm die Beträge ausbezahlen. Die Begründung, die er für dieses Ansuchen gab, war die gleiche wie bei der VBB. Er erklärte:

Für die Instandhaltung und Modernisierung der Heizungsanlagen finden keine ausreichenden Mittel zur Verfügung;

er wolle mit den auf diese Weise aus dem Kohlenhaushalt ersparten Mitteln seinen Reparaturfonds auffüllen. Da der BBG. daran gelegen war, die Befreiung des Bezirksamts Steglitz zu bekommen, im übrigen der Ansicht war, daß es sich nur um eine Uebertragung von Mitteln aus einem Haushaltstitel auf einen anderen handle, und annahm, daß der Angeklagte im Einverständnis mit dem Bezirksamt Steglitz sein Ersuchen an die Berliner Brennstoffgesellschaft gerichtet habe, erklärte man sich einverstanden. Bei der BBG. hob der Angeklagte noch Bedarf runde Summen ab, für die er quittierte Rechnungen von Handwerkern oder anderen Installationsfirmen über an das Bezirksamt gelieferte Arbeiten vorlegte und für die Gesellschaft war das ein genügender Beweis dafür, daß es sich bei dem ganzen um eine durchaus korrekte Angelegenheit handle. Für die ausgezahlten Summen stellte der Angeklagte Quittungen aus. Er erhielt auf diese Weise etwa 60000 M. Die vorgelegten Quittungen der Installationsfirmen waren in Wirklichkeit Duplikate. Die Reparaturen waren ausgeführt, aber auch schon vom Bezirksamt bezahlt. Der Angeklagte will auch das nicht wahrhaben. Er behauptet, nicht mehr als 5000 bis 7000 M. veruntrent zu haben.



Sturm über Berlin.

Der Sturm, der zurzeit über Berlin wütet, hat bereits vielfache Vermühtungen angerichtet. Das Bangerüst vor einem Hause in der Mefstraße in Neukölln, das unser Bild zeigt, wurde vom Sturm umgelegt.

Raubüberfall in der Wohnung.

Zwei Einbrecher erzwingen Herausgabe des Familienschmucks.

Ein nächtlicher Ueberfall wurde auf die Witwe des Universitätsprofessors Dr. Pollack im Hause Blumeshof 15 verübt. Die Einzelheiten dieses Ueberfalles erinnern in auffälliger Weise an den, der in der Nacht zum 20. September d. J. auf das Ehepaar Spilger in der Geisbergstraße 41 ausgeführt wurde.

Frau Pollack bewohnt in der stillen Straße Blumeshof 15 im zweiten Stock eine geräumige Wohnung. Heute morgen gegen 5 Uhr wurde sie in ihrem Schlafzimmer durch den hellen Schein einer Blendlaterne geweckt. An ihrem Bett standen zwei Männer, von denen der eine die Laterne hielt, während der zweite einen Revolver auf die Frau richtete. Noch schlaftrunken und durch das Licht geblendet, konnte sie die Gesichtszüge der Eindringlinge nicht genau erkennen. Beide sprachen zu ihr in energischen aber ruhigen Worten. Sie erklärten, daß sie ihr nichts zuleide tun würden, wenn sie sich still verhalte und ihren Schmuck ohne Widerstand herausgebe. Frau Pollack, die einsah, daß jeder Widerstand nutzlos sein würde, wies zunächst auf einen Wäscheschrank, aus dem die Räuber eine Kassetten herausholten und den Schmuck an sich nahmen. Außerdem leerten sie eine auf dem Nachtschisch stehende braunsiderne Handtasche, die bares Geld enthielt. Schließlich zeigte ihnen Frau P. noch eine zweite Kassetten, die außer Kinderarmutachten alte Familienerbstücke enthielt. Unter den üblichen Drohungen, daß sie sich noch ganz ruhig verhalten solle, wenn sie nicht erschossen werden wolle, zogen sich die Räuber zurück und verließen Wohnung und Haus. Die entressenden Polizeibeamten nahmen die Ermittlungen auf. Die Räuber hatten sich auf den Hof eingeschlichen und waren hier über die Rüstlöcher an den Postverteiler der Fernsprechleitungen herangekommen. Sie durch-

schlitten sämtliche Drähte, so daß nicht nur die Postfache Wohnung, sondern auch die anderen im Hause wohnenden Teilnehmer ihre Apparate nicht benutzen konnten. Hierauf kehrten sie zurück und öffneten mit Dietrichen die Haustür.

Unter den geraubten Wertgegenständen befinden sich ein Ring mit einem 4½-storätigen Brillanten in offenem Schloß und in alter Fassung, eine Brillantbroche in Schleifenform, ein Armband aus Goldplättchen mit Brillanten besetzt, eine goldene Halskette mit Brillanten und Perlen u. a. m. Im Laufe des Tages wird von der Kriminalpolizei eine hohe Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgelegt werden.

Kinderheim im Wedding.

Ort für Kinder erwerbsloser Eltern im Schillerpark.

In aller Stille ist im Schillerpark, im dichtbevorzugten Norden Berlins an der Edinburger und Barbusstraße, ein städtisches Kinderheim errichtet worden, in dem am Tage sechzig Kinder erwerbsloser Eltern im Alter von 3 bis 14 Jahren Unterkunft finden werden.

Unter Leitung einer Pädagogin betreuen zwei Kindergärtnerinnen und eine Hortlerin neben dem notwendigen Hauspersonal die Kleinen. Das Heim ist von 7 Uhr bis 18 Uhr geöffnet. Die schulpflichtigen Kinder erhalten kostenlos Mittagbrot und Kaffee, während die nichtschulpflichtigen Kinder auch noch das Frühstück bekommen. Jedes Kind hat sein eigenes Eckschiff mit Bett, seine Zahnbürste, Handtuch und eigene Garderobe. Unterrichtet wird nach der „Montessori-Methode“. Ein Spielplatz, eine Spielwiese und für den Sommer eine große Planschbecken werden den Kindern besonders willkommen sein. Die vorbildlichen Koch- und Badeeinrichtungen tragen den modernsten hygienischen Anforderungen Rechnung.

Die Innenausstattung ist geschmackvoll und zweckmäßig. Nichts ist vergessen worden; da sind alle Arten Spielzeug für die ganz Kleinen, sowie Lehr- und Lernmittel für die Größeren. Die Kosten des Baues wurden aus privaten Mitteln von einem Berliner Philantropen aufgebracht. Das Grundstück hat das Bezirksamt Wedding zur Verfügung gestellt.

Das Heim wurde heute vormittag durch den sozialdemokratischen Bürgermeister Reid in Anwesenheit vieler Mitglieder der städtischen Körperschaften seiner Bestimmung übergeben.

Schwerer Autounfall in Mecklenburg.

Landwirt aus Alt-Landsberg getötet.

Friedland (Mecklenburg), 12. November.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich gestern abend kurz nach 9 Uhr in der Nähe des Gutes Mohrmannshof bei Friedland.

Ein in Alt-Landsberg bei Berlin geheimatetes Auto geriet infolge der regennassen Straße ins Schleudern und fuhr gegen einen Strauchbaum. Beim Anprall überstülpte sich der Kraftwagen und begrub die fünf Insassen unter sich. Unter dem völlig zertrümmerten Auto wurde der verheiratete Landwirt Gustav Kurt aus Hönow bei Alt-Landsberg als Leiche herorgezogen. Der Tod war infolge eines Schädelbruchs auf der Stelle eingetreten. Die vier anderen Insassen, nämlich der Landwirt Reusch aus Alt-Landsberg, sein 24-jähriger Sohn, der den Wagen steuerte, und seine Frau und Tochter kamen mit leichten Verletzungen davon. Sie wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung trat heute in die Beratung der vorliegenden Anträge und der Geschäftsordnung selbst ein. Abgelehnt wurde ein Antrag, der die Öffentlichkeit aller Sitzungen einschließlich der Magistrats-, Deputations- und Ausschusssitzungen verlangte. Die übrigen Anträge wurden bis zur Beratung der betreffenden Punkte der Geschäftsordnung zurückgestellt.

Zwischen der norwegischen und der kanadischen Regierung ist ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach Kanadas Souveränität über die sogenannten Soerdrup-Inseln anerkannt. Die kanadische Regierung hat versprochen, den norwegischen Fischern belau Fischfang vor den Inseln entgegenkommen zu zeigen.

Der aufsteigende China-Kapitalismus

Emile Vandervelde: Die Wirren des Bürgerkrieges

Schanghai, im Oktober. (Eigenbericht.)

Der Zeitungslieferer, der die verworrenen, sich widersprechenden Nachrichten aus China in den europäischen Zeitungen liest, wird sicherlich der Meinung sein, daß es ein leichtes sei, sich an Ort und Stelle in Schanghai — nächst Kanton die größte Stadt Chinas, und eine der Hochburgen des Imperialismus — zuverlässig über die Lage der Dinge zu unterrichten. Ein schwerer Irrtum. Das Dunkel des Krieges, das 1914 bis 1915 über Europa lag, war nicht enifernt so undurchsichtig wie jetzt beim Bürgerkrieg in China. Heute gibt es in Schanghai über 100 Zeitungen, die in chinesischer Sprache erscheinen, gegen nur eine noch vor wenigen Jahrzehnten. Außerdem gibt es noch „das Journal von Schanghai“, dann „The China Press“ und andere teils chinesische, teils ausländische Zeitungen in englischer Sprache. Liest man die einen und läßt man sich die anderen übersehen, so wird man sehr bald zu der Ueberzeugung kommen, daß

finden sich, so erklärt mir ein Herr vom Credit foncier, nahezu 90 Proz. des immobilien Besitzes in chinesischen Händen. Zwar sind in den letzten Jahren eine Anzahl Fabriken mit chinesischer Arbeiterkraft unter europäischer oder japanischer Leitung errichtet worden, aber

die Zahl der rein chinesischen Unternehmungen wächst rapide mit der zunehmenden Arbeit,

deren Bedingungen übrigens geradezu trübselig sind. Wenn die Regierung von Nanjing, in der die Familie des Reformators Sunjatsens so weitgehend vertreten ist, noch dem Prinzip des „Existenzminimums“ treu bleiben will, so ist es Zeit, allerhöchste Zeit, daß beispielsweise zum Schutz der Kinder Arbeitsbestimmungen erlassen werden, aber

Die Aufgaben der Städtischen Oper

Ensemblebildung, soziale Pflichten, Morgenfeiern

Wie wir in der heutigen Morgennummer bereits mitteilten, ist Dr. Kurt Singer, der frühere vortreffliche Musikkritiker des „Vorwärts“, als Intendant mit der vorläufigen Leitung der Städtischen Oper betraut worden. Wir haben Dr. Singer gebeten, uns über seine nächsten Absichten und Pläne zu informieren, und haben darauf Mitteilungen erhalten, denen wir folgendes entnehmen:

In dieser Spielzeit besteht noch vollkommen die Arbeitsgemeinschaft zwischen Staat und Stadt. Verhandlungen über die spätere Gestaltung aller Arbeitsgemeinschaftsfragen oder Fragen der Interessengemeinschaft werden bald in die Wege geleitet werden. Hier werden Staat und Stadt ja sicher auch über das Problem der

sozialen Kunstpflege

zu einer Verständigung kommen. Ich persönlich habe jetzt in dem Moment, wo alles noch im Fluß ist, nur den einen Wunsch, in Ruhe arbeiten zu können, und bin voll und ganz mit der Aufgabe beschäftigt, das Repertoire für die kommenden Monate zu fixieren und dem dringenden Problem der Bildung eines

einheitlichen Ensembles

weiter mein Augenmerk zuzuwenden. Dabei liegt mir natürlich das soziale Schicksal der einzelnen Mitglieder sowie der Gruppen, künstlerischer wie Arbeitergruppen, am Herzen. Ich will versuchen, bei der Behörde durchzusetzen, daß nicht nur die Generalproben für die Erwerbslosen offengehalten werden, wie es ja jetzt schon geschieht, sondern daß eventuell auch noch dem Vorbild anderer Bühnen an den Abenden

Nähe für die Erwerbslosen

zur Verfügung gestellt werden. Die Einführung neuer Werke in Form von Morgenfeiern sind der Öffentlichkeit ja schon bekanntgeworden. Ich will auch das noch weiter ausbauen, denke sogar daran, später gelegentlich kleine klassische Werke, Spielopern, vergessene Werke alter Zeit, an Sonntagvormittagen auch zur Aufführung zu bringen. Alles das hängt aber von der Genehmigung des Ausschusses ab, dem ich diesbezügliche Vorschläge machen werde. Der allgemeinen Wirtschaftslage entsprechend wird natürlich auch die Staatsfrage eine große Rolle in den jetzigen und zukünftigen Dispositionen spielen. Wo soll man von mir nicht verlangen, daß ich gar zu viel sage, weil ich nur sagen möchte, was ich unbedingt halten kann.

„Geld wie Heu.“ Neues Theater am Zoo

Daß eine Frau aus gerichtsrechtlichen Gründen ihren Mann tot sagt, passiert schon in Müller-Schillers „Schneider Wibbel“. Und daß eine schwerhörige alte Tante immer alles falsch versteht und ihre Mißverständnisse dem Autor die Einfälle für den halben Theaterabend ergeben, ist höchstens noch auf einer Schmiere des letzten Ranges zulässig. Aus diesen beiden Gestirben unter Annahme einiger schon etwas sehr oft bewährter Bühnentricks entstand das angeblich aus dem Englischen stammende Lustspiel „Geld wie Heu“, als dessen Verfasser der Theaterjettel Bill Evans und Valentine nannte. Trotzdem zeigte sich das Publikum begeistert, denn das Stück war bei dieser Aufführung im Neuen Theater am Zoo durchaus unwesentlich, Ausmachung und Darstellung waren alles. Die Musik hatte man als Dekorationskunst mißverwandelt: Peter Reuber und Leo Stein haben nicht nur die einfingigen Chansons von Max Kolpe und Vert Kelafeld vertont, sondern hauptsächlich mit Musik in die Rufe hineingewirkt, und Dinge und Gesten und banale Gespräche kriegten ihre von Gott weiß woher geholten Klangmotive. Auf dieser fröhlich aufgelockerten Szene bewegten sich mit fröhlich aufgelockertem Körper Irene Ambros und Paul Heidemann, dazu Eise Böttcher, Jessie Fibrog usw. usw. Und man lachte aus vollem Herzen

Mißglückter Versuch einer Neugestaltung Gounods „Margarete“ in der Lindenoper.

Diese Faust-Oper, unter dem Namen „Margarete“ auf der deutschen Bühne heimlich, hat nie den Anspruch erhoben, ein „Musikdrama“ zu sein. Für das Publikum der Pariser Großen Oper und nach seinem Geschmack war dies Monde Opern-Gretchen mit dem tragischen Schicksal, das die Adretisten Barbier und Carre in Goethes Dichtung fix und fertig vorgebildet fanden, gewiß eine rührende und reizende Bühnenfigur. Aber Gounods und Goethes „Faust“, die Oper und das Drama, das sind für uns zwei Welten, und wir müssen diese vergessen, um als Hörer jener gerecht zu werden. Eine Reihe von opernmäßig gestalteten Szenen und Situationen, gebunden an den Verlauf einer Handlung, die jeder kennt, aber getragen und gehoben von einer Musik, die in der

werden, die nicht nur auf dem Papier stehen oder zum Schein existieren. Aber das ist wieder ein anderes Kapitel und überdies würden sich die im internationalen Gebiet ansässigen Japaner einer solchen Maßnahme unbedingt widersetzen. Tatsache ist und bleibt aber, daß die Chinesen, die bisher völlig in den Hintergrund gedrängt waren, jetzt Herren zwar nicht der wenig entwickelten Industrie, wohl aber des Handels sind, sowohl des Groß- als des Kleinhandels. Noch 1925 erklärte Sunjatsen, daß es in China keine Reichen gäbe, sondern nur mehr oder weniger Arme. Das gilt auch im großen und ganzen heute noch, wenn man China als Ganzes betrachtet. Zum mindesten aber kommt man für Schanghai zu dem Schluß, daß im neuen China der Kapitalismus in immer geringerem Maße das Monopol der „fremden Teufel“ bildet, wenn man durch die großen Warenhäuser einkaufen fährt, und sieht, wie in dem französischen Gebiet ganze chinesische Städte wie Pilze aus der Erde schießen, und wenn man in der Handelskammer den vielen chinesischen Kaufleuten begegnet, in selteneren Gewändern, mit fetten, zufriedenen lächelnden Gesichtern, meist englisch sprechend wie Amerikaner und dabei von einer geschäftlichen Tüchtigkeit, Verschlagenheit und Bozennut wie kaum ein anderes Volk auf Erden.

Ueber die Finanzverhältnisse der Städtischen Oper erfahren wir aus dem Städtischen Nachrichtendienst folgendes:

Aus dem Geschäftsbericht der Städtischen Oper A.-G. für das Jahr 1929 geht hervor, daß die Finanzverhältnisse der Oper mehr denn je von der Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig sind.

Bei den Einnahmen ist ein Rückgang im Tageskassenertrag von 169 894 auf 149 083 verkaufte Karten festzustellen. Das bedeutet eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr um 12,25 Proz. Dagegen konnte der Umsatz an Stammeskarten fast auf der gleichen Höhe gehalten werden; er betrug im Geschäftsjahr 1928 287 348 Stammeskarten gegen einen solchen von 286 091 im Berichtsjahre. Das bedeutet einen Rückgang von nur 0,44 Proz. Diese Tatsache ist um so erfreulicher, als infolge der Erhöhung der Anzahl der Volksvorstellungen gegenüber dem Vorjahr von 25 auf 38 Vorstellungen etwa 2000 Abonnenten der Stammesmietervertrag aufgekündigt werden mußte. Auch die Stabilität des Abonnements ist ein Beweis dafür, daß die angespannte Wirtschaftslage die eigentliche Ursache für den Rückgang der Einnahmen aus dem Kartenumsatz und nicht ein vermindertes Interesse der Bevölkerung in der Oper ist.

Eine dem Geschäftsbericht beigegebene Statistik läßt deutlich erkennen, daß eine Abwanderung von den teuren noch billigeren Plätzen stattgefunden hat.

Der Einnahmerückgang gegenüber 1928 beträgt nur 45 636,36 Mark, d. h. 2,27 Proz. (2 144 874,45 Mark für 1928; 2 096 238,12 Mark für 1929). Den finanziellen Ausgleich haben hier vor allem die besonderen Aufführungen (im Neuen Palais in Potsdam und die zwei Gastspiele der Mailänder Scala und des Dagbluff-Balletts) gebracht.

Die Betriebsunkosten haben über die in den Stadthaushalt eingestellten Zuschüsse in Höhe von zusammen 2 629 330 Mark hinaus eine Steigerung von 128 000 Mark auf insgesamt 2 757 330 Mark erfahren.

Durch Sparsamkeit Bewirtschaftung insbesondere der für die täglichen Ausgaben zur Verfügung stehenden Mittel konnte die Inanspruchnahme der nachbewilligten oben erwähnten 128 000 Mark um 84 896,17 Mark, also auf 43 103,83 Mark herabgemindert werden. Somit beträgt der endgültige Bedürfniszuschuß laut Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1930 2 072 433,83 Mark.

Das ursprüngliche Zuschußloos — 2 629 330 Mark — ist also um 1,6 Proz. überschritten worden.

Im Berichtsjahre ist der Spielplan um 11 Erstaufführungen und 2 Neueinstudierungen erweitert worden.

Von den 43 Werken, die im Laufe des Jahres insgesamt aufgeführt wurden, entfallen 20 auf deutsche und 23 auf ausländische Komponisten.

reihen Fälle echter Einfälle, in ihrer aufrichtigen Grundhaltung und in der vorbildlichen Sauberkeit der Arbeit noch nach siebzig Jahren ihr Daseinrecht unzweifelhaft behauptet — das ist für uns Gounods Oper „Margarete“. Ihre Neueinstudierung konnte Anlaß werden, das Bild der Aufführung von den Spuren schlechter Theatergewohnheiten, die sich in zahllosen Wiederholungen des abgespielten Werkes eingebürgert haben, gründlich zu reinigen.

Die Reuinszenierung der Lindenoper, für die Hörth und Blich verantwortlich zeichnen, will just das Drama neu erfinden. Darum wird der dramatische Tenor eines begabten jungen Sängers, Fritz Wolff, gezwungen, die Grenzen seiner Eignung in einer Aufgabe bloßzustellen, deren lyrischer Stil ihm fremd ist; die Sopranpartie des Siebel, beliebte „Hofenrolle“ des Soubrettenfaches, wird einem männlichen Darsteller übertragen und damit das klangliche Gesamtbild, für das die Verteilung der Stimmwerte entscheidend ist, peinlich verflächt. Das Musikalische wird zurück, das vermeintliche Dramatische künstlich vorgezogen — sehr geschickt ist der berühmte Soldatenchor ganz in lyrischen Vortrag, der ihm unterlegt wird, umgekehrt —, man möchte Goethe spielen, statt Gounod zu singen, und der Erfolg: Man bringt die Oper um und die Unmöglichkeit dieses Faustdramas ans Licht.

Das mißglückte Experiment der Erneuerung, in dem viel gute Arbeit angelegt ist, kommt für uns um ein Menschenalter zu spät; aber der unzeitgemäße Versuch, diese Oper in Drama zu verwandeln — während im Gegenteil das heutige Operntheater sich grundförmig bemüht, die Irrtümer eines allzu unentwegten Wagner-Epigonentums zu korrigieren, der Versuch ist obendrein mit bemerkenswerter Inkonsistenz zu Ende geführt; die Aufführung steht im Zeichen der Unentschlossenheit und geistigen Halb- und Haltlosigkeit, die in diesem Opernhaus der ewigen Kompromisse und Konzessionen immer wieder zu spüren ist. Aus mißverständlicher Werttreue wird aus der Partie des Valentin, für die die schönste Stimme des Abends, der herrliche Bariton Herbert Janssens, ausgeboten ist, das „Gebot“ entfernt, das freilich nicht in der Originalpartitur steht, doch situations- und stilgemäß eingefügt, als gesungene Klangnummer seinen Platz in der Oper gefunden hat; musikalisch belanglose, dramaturgisch unbedeutende Dialoge werden wieder hergestellt. Aber aus Gott weiß welchen Gründen wird die populärste Nummer der Partitur, die Arie Siebels gestrichen — vielleicht nur, weil sie gar so populär ist —; aber im letzten Akt, in der Walzgeräusch, wird nicht nur die elende Ballettmusik wieder aufgenommen, die ein Darmstädter Hofkapellmeister hingekomponiert hat, sondern vor-

die Zensur, die Tchang-Kai-Schek ausübt, in nichts derjenigen Mitterlands während seiner Zeit als Kriegsminister nachsteht.

Folgendes war beispielsweise im „Journal von Schanghai“ am 2. Oktober zu lesen: „Gegenwärtig sind wir in allem auf bloße Vermutungen angewiesen. Außer den offiziellen Communiqués, die wir wie das ersahne Manna aufnehmen, erfahren und wissen wir gar nichts. Hätten alle Chinesen dieselbe Bildung gewonnen wie wir, so würden sie sich kaum über den Ausgang des Bürgerkrieges beunruhigen, aber unglücklicherweise — manche wieder jagen glücklicherweise — haben fast alle eine andere Erziehung als wir gehabt und sind viel neugieriger als wir. Sie sind der Siegesnachricht jaht, die die chinesischen Zeitungen täglich veröffentlichen und verlangen zuverlässigeres Material als es diese Meldungen sind, die meistens im Augenblick ihres Erscheinens der Wahrheit entsprechen, am nächsten Tage aber schon wieder falsch sind.“

Zu der Zeit, wo ich diese Zeilen schreibe, ist dieser Artikel fünf Tage alt. Es scheint, als ob gegenwärtig, wenigstens auf kurze Sicht, die Lage sich etwas geklärt hat. Der Außenminister Wang teilte uns gestern mit, daß die Truppen Tchang-Kai-Scheks mit der Einnahme von Kailien, an der Bahnlinie nach Lourghal, einen entscheidenden Erfolg davongetragen hätten. Den, der Muster-gouverneur, hat sich in seine Provinz zurückgezogen. Inoffiziell wird mitgeteilt, daß Tchang, der christliche General, sich zum Studium der sozialen Frage nach Europa begeben will und in den internationalen Kreisen Schanghais glaubt man, wenn auch noch nicht an den Frieden, so doch an eine genügend lange Ruhepause, die für Nanjing günstig wäre.

Geschäft wie gewöhnlich.

Man trägt unrecht, anzunehmen, daß dieser endlose Bürgerkrieg, oder besser gesagt, diese endlosen Bürgerkriege in China die gleichen verhängnisvollen Folgen hätten, wie es in Europa der Fall wäre. Gemäß leidet die unglückliche Bevölkerung, auf deren Boden die Generäle ihre Schlachten ausfechten, unsagbar. Man muß nur einmal die Berichte gelesen haben, die zum Beispiel die „Revue franco-chinoise“ aus den Provinzen veröffentlicht, um sich ein Bild von dem grauenhaften Elend zu machen, das in mancher Provinz herrscht. Die Wandschürei dagegen hat durchweg Wohlstand zu verzeichnen, mit Ausnahme der Bezirke, die unter den Ueberschweemmungen zu leiden hatten. Ein französischer Berichterstatter, der Schenji auf ausgezeichneten Straßen im Autobus durchreist hatte, erklärte, daß Marichall den vielleicht kein besonders wichtiger General, auf jeden Fall aber das Muster eines Gouverneurs sei. Ein so gut unterrichteter Beobachter wie La Shen, Professor an der Universität von Hawaii, erklärt in einem Aufsatz in der „Monthly Labor Review“ des amerikanischen Arbeitsdepartements über die Arbeitsverhältnisse in China, daß in den meisten Fällen

die Kriege nur einen Konflikt zwischen zwei militärischen Gruppen darstellen, der die Bevölkerung an sich gar nicht interessiert.

Die große Masse geht ihrem Tagewerk wie gewöhnlich nach, in den Fabriken, Geschäften und Handelshäusern wird gearbeitet, soweit sie nicht direkt in der Kriegszone liegen. Sie leiden natürlich in direkt auch unter dem Einfluß des Krieges, aber es ist trotzdem eine Tatsache, daß trotz der unsicheren politischen Lage die moderne Industrie beträchtlich an Ausdehnung gewinnt. Die Bereinigung der Bücher, die von den Besitzern unerhört ausgebeutet wurden, und die Gewerkschaften wachsen ständig und in demselben Maße wie die Fabrikarbeit vordringt, gehen die alten Handwerkerhand zurück. Ich gebe hier nur in groben Umrissen die Richtung der Entwicklung wieder. Der Aufsatz von La Shen enthält hierüber eingehende Mitteilungen und genaue Daten von größtem Interesse.

China erobert sich Schanghai zurück.

Nirgendwo kann man die Entwicklung des jungen China besser beobachten als in Schanghai. Im Jahre 1845 zur Zeit der englischen und französischen Konzessionen noch ein elender Platz dritten Grades, ist Schanghai heute der sechstgrößte Hafen der Welt, unmittelbar hinter Antwerpen, Rotterdam und Hamburg. Die Bevölkerung wächst rapide und erreicht nahezu 3 Millionen (2 900 000 nach der neuesten chinesischen Statistik, die allerdings wie immer in China nur annähernde Schätzungen darstellt). Es gibt wohl kaum einen Ort der Erde, wo man so unübersehbar an den bekannten Film „Metropolis“ erinnert wird, mit seinen schreienden Gegensätzen zwischen dem äppeligen Wohlleben und dem tiefsten Elend.

Das ist natürlich auch in Europa wohlbekannt, aber was man nicht so gut weiß, ist die beherrschende Rolle, die die Chinesen selbst bei dieser Entwicklung spielen. Das entscheidende Merkmal der letzten Jahre ist, daß

China die Gebiete wirtschaftlich wiedererobert, die es einst den Fremden hat überlassen müssen.

In „Groß-Schanghai“ nimmt das französische Pachtgebiet und das internationale Gebiet, das die Engländer mehr und mehr mit den Amerikanern teilen müssen, den größten Teil der bebauten Fläche ein. In diesem Gemisch leben, die Settlements einbezogen, etwa 15 000 Japaner, 15 000 Europäer und etwa ebensoviel Russen; schließlich, die nach der Revolution hierher gekommen sind und die im Gegensatz zu den meisten anderen Europäern meist nur arme Schläger sind und nur dem chinesischen Straßenhandel Konkurrenz machen. Man wird annehmen, daß diese gegenüber den 3 Millionen Chinesen verschwindende Minderheit den größten Teil des Reichturns und der in den verschiedenen Unternehmungen investierten Kapitalien besitzt, und daß zu ihrem Schutz gegen die enterbten und verzögerten Massen und den grassierenden Horn Chinas alle die Geschwader von fremden Kriegsschiffen auf dem Whampoa liegen, französische, englische und amerikanische. Diese in Europa allgemein verbreitete Ansicht entspricht jedoch immer weniger den Tatsachen. Gegenwärtig be-

Im Lande des Eisens

Studienfahrt ins Erzbecken von Briey-Longwy

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen, eine besondere Aktion zu unternehmen zur gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiter, die in dem Erzbecken beschäftigt sind, das sich von Luxemburg bis Nancy in der belgisch-französisch-luxemburgischen Grenzgegend ausbreitet und zum großen Teil von Ausländern heranzieht. Unser Redaktionsmitglied J. Steiner-Jullien hat die Verhältnisse an Ort und Stelle untersucht. Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung seiner Beobachtungen.

Fährt man von der Stadt Luxemburg nach Nancy, eine Entfernung von etwa 100 Kilometer in gerader Linie, so sieht man Hüttenwerk an Hüttenwerk, Erzgruben und Walzwerke in fast ununterbrochener Folge. Es ist die berühmte Dreiländergegend, wo Frankreich, Belgien* und Luxemburg aufeinanderstoßen. Rund 170 000 Arbeiter sind hier allein in der Schwerindustrie beschäftigt (Erz- und Kohlengruben, Hütten- und Walzwerke), die Transport- und Bauarbeiter, mindestens 30 000, nicht gerechnet. Der Zug fährt zwischen Athus in Belgien, Oberland Nieder-Redingen in Luxemburg, Saulnes in Frankreich über die luxemburgisch-belgisch-französische Grenzgegend. Die hügelige, von steil abfallenden Tälern durchzogene Landschaft ist eingehüllt in den grauen Dunst der Schöte. Hier gibt es

Fabriken, deren Gelände in drei Ländern liegt.

Aber während die Länder sich durch Grenzspähle voneinander abzuschließen suchen, hat die wirtschaftliche Entwicklung Zustände erzeugt, die ihresgleichen auf der ganzen Welt nicht haben. „Die 3500 Arbeiter unserer Fabrik“, sagte mir ein Fabrikdirektor in Longwy, „verteilen sich auf 22 Nationalitäten: Franzosen, Belgier, Luxemburger, Polen, Italiener, Jugoslawen, Portugiesen, Russen, Tschechoslowaken, Rumänen, Deutsche, Griechen, Ungarn, Marokkaner, Spanier, sogar Japaner.“ Was bedeuten unter diesen Umständen die immer noch aufrechten Grenzspähle?

Ueber die wirtschaftliche Entwicklung nur einige Zahlen. Das Eisenerzgebiet verteilt sich auf Luxemburg und die französischen Departements Moselle (der nördliche Teil Lothringens), und Meurthe-et-Moselle, in dem das Erzbecken von Briey-Longwy liegt, hart an der ehemaligen deutsch-französischen Grenze. Die Eisenerzgewinnung Luxemburgs ist ziemlich stabil geblieben (7 335 000 Tonnen 1913 und 7 026 000 Tonnen 1925). Während aber die Eisenerzgewinnung Deutschlands durch den Verlust der lothringischen Gruben im selben Zeitraum von fast 36 Millionen Tonnen auf knapp 6½ Millionen Tonnen zurückging, stieg die Frankreichs von fast 22 Millionen Tonnen auf nahezu 50 Millionen Tonnen und ist auf dem besten Wege, selbst die Eisenerzgewinnung der Vereinigten Staaten, die mit 63 Millionen Tonnen unverändert blieb, einzuholen. Während die Eisenerzgewinnung im Departement Moselle auf 20 404 000 Tonnen zurückging, stieg die des Departements Meurthe-et-Moselle von fast 20 Millionen auf über 26 Millionen Tonnen. Dieser Anstieg hat seitdem weiter angehalten. Das abbaufähige Eisenerzvorkommen dieses Departements wird auf 3 Milliarden Tonnen geschätzt. Stärker noch stieg in diesem Departement die Eisen- und Stahlerzeugung an, und zwar im gleichen Zeitraum von 3 493 000 Tonnen Roheisen und 2 299 000 Tonnen Rohstahl auf 4 255 000 Tonnen Roheisen und 3 668 000 Tonnen Rohstahl.

Insgesamt hat Frankreich seine Stahl- und Eisenerzeugung seit 1913 verdoppelt.

1913: Roheisen: 5 207 000 Tonnen, Rohstahl: 4 687 000 Tonnen; 1929: Roheisen: 9 605 000 Tonnen, Rohstahl: 10 446 000 Tonnen. Es hat also selbst Großbritannien überflügelt und steht hinter Deutschland an zweiter Stelle in Europa.

Vor dem Kriege — nach dem Kriege

Vor dem Kriege gehörten nicht nur die Erzgruben des Departements Moselle deutschen Unternehmern, auch die des Departements Meurthe-et-Moselle waren zu einem guten Teil im Besitz von Deutschen. Die Eroberung des Erzbeckens von Briey-Longwy, die von unseren Väter als ein Ziel des Weltkrieges aufgestellt wurden, war schon vor dem 4. August 1914 auf dem besten Wege einer friedlichen Verwirklichung. Ein erheblicher Teil des gewonnenen Eisenerzes wurde also nach Deutschland verfrachtet. Nach dem Ruhrgebiet ist es ja nicht weit.

Das hat sich seit dem Kriege geändert. Während man im Ruhrgebiet immer mehr schwedisches und spanisches Erz verbüttelt, wird das Erz von Briey-Longwy mehr und mehr an Ort und Stelle oder in anderen Teilen Frankreichs verschmolzen. Den Koks dazu bezieht man meist aus England, Nordfrankreich und Belgien, die notwendige Kohle meist aus dem lothringisch-saarländischen Kohlenbecken, das jetzt auf französischer Seite durch deutsche Reparationsarbeiten ausgebaut wird.

Frankreich bereitet sich auf die Rückgabe des Saargebiets vor.

Zwar eignet sich der Ruhrkoks am besten zur Verhüttung des lothringischen Eisenerzes, und der Austausch zwischen lothringischem Erz und westfälischem Koks wäre wegen der geringen Transportkosten um so wirtschaftlicher, weil Eisenbahnwagen und Kühne nie leer zu fahren brauchen. Wenn einmal die Vernunft in Europa eingezogen sein wird und die Vereinigten Staaten von Europa den europäischen Völkern ihre kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung zurückgeben werden, die sie jetzt langsam, aber sicher zugunsten Afrikas und Amerikas einbüßen, dann wird auch in dem Erz- und Kohlengebiet, das von Nancy bis Dortmund reicht, eine Rationalisierung eintreten, die ihrem Namen Ehre macht.

Vorläufig sind wir aber noch nicht so weit. Da Frankreich von einem chronischen Arbeitermangel leidet, werden oft von weither unter erheblichen Kosten Arbeiter herangeholt, die meist eine Fabrik oder ein Bergwerk noch nicht einmal gesehen haben

und deren Leistungsfähigkeit in der Schwerindustrie natürlich keine sehr hohe ist.

Die Arbeiter werden durch die ihnen fabelhaft hoch dünkenden Löhne angezogen, oder sie wollen der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande entrinnen. Viele heißen, Geld zu sparen, sehen die bescheidene Lebensweise fort, die sie in ihrer Heimat gewohnt waren. Bei der harten Arbeit und dem rauhen Klima tritt dann bald der Kräfteverfall ein. „20 Prozent der Portugiesen“, sagte mit ein Arzt, Dr. Lafont in Longwy, „sind tuberkulös, eine Folge ihrer ganz unzureichenden Ernährung.“

Eine Frage und keine Antwort

Wiederholt habe ich im Laufe meiner Untersuchung sowohl an Fabrikherren wie an Behördenvertreter folgende Frage gestellt: „Sie lassen unter großen Kosten ungequalifizierte Arbeitskräfte von weither kommen, während tausende in Handreichweite eingearbeitete deutsche Arbeitskräfte brach liegen.“

Warum greifen Sie nicht auf diese deutschen Arbeitskräfte zurück?

Diese Arbeiter würden sich hier gar nicht ansiedeln, sondern jeden Sonntag, die entfernter Wohnenden vielleicht alle vier Wochen heimfahren. Eine „nationale Gefahr“ würden sie also nicht bilden. Wäre das nicht auch ein praktischer Anfang der deutsch-französischen Zusammenarbeit, von der man seit Locarno soviel bei festlichen Gelegenheiten spricht?

Ich erhielt nur ausweichende Antworten. Erst nach und nach begann ich die Arbeitsmarktpolitik der lothringischen Schwerindustriellen zu begreifen, dank der Unterstützung, die mir sowohl der Sekretär der luxemburgischen Gewerkschaftskommission, Genosse Krier, wie auch die französischen Gewerkschafter zuteil werden ließen.

Danton

Die Geschichte eines Revolutionärs

Unsere Epoche, die zu tiefst ein Zeitalter der Wandlung ist, schafft sich auch ihr eigenes Gesichtsbild. Die jüngste Geschichtswissenschaft hat bisher verjagt, den Köpfen der modernen demokratischen Massenstaaten ihren Hunger nach zusammenhängender geschichtlicher Erkenntnis zu stillen. Der Mensch der Gegenwart kann keine mit Fuhntaten und Aftenausjügen besetzten Bände lesen, wenn er in den wenigen Mußestunden, die ihm die Hast des heutigen Lebens läßt, sich auf keine geschichtlichen Voraussetzungen berufen will. Die jüngste Wissenschaft hat versucht, das echte Bedürfnis, das sich im Erfolg von Emil Ludwigs historischen Büchern ausdrückt, zu übersehen und diese Bücher mit der Bezeichnung „historische Belletristik“ abzutun. Die jüngste Wissenschaft ist den Arbeiten Ludwigs vielleicht gerecht geworden, aber sie durfte nicht übersehen, daß im Erfolg dieser Bücher sich das neue Geschichtsbild der demokratischen Massenstaaten durchzusetzen begann. Hermann Wendel formuliert die Forderung, die an dies neue Geschichtsbild zu stellen sind, im Geleitwort zu seinem soeben im Verlag von Kurt Rowohlt, Berlin, erschienenen, 419 Seiten starken Geschichtswerkes Danton folgendermaßen: „Es gibt gestaltete Geschichte, die sich, ohne die Mittel des Künstlers zu verschmähen, streng an die Regeln des Historikers hält.“ In der Tat: Der Mensch der Gegenwart will gestaltete Geschichte, die ihm lebensvoll und blutnah die Vergangenheit gegenwärtig macht, Gegenwärtiges durch Vergangenes, Vergangenes durch Gegenwärtiges einander erschellend.

Georges Danton! Wie ist er wieder lebendig geworden in diesem Buch, eine kämpfende Generation mit seinem Kampfermut zu begeistern. Bauernblut fließt in den Adern dieses Sohnes der Champagne, der nach einer wild verpielten frühen Kindheit dreizehnjährig nach Troyes geschickt wird. Hier lebt er in der weltgewandten Schule der Oratorianer, die ihm nicht nur Latein und Griechisch, sondern auch Geschichte lehrten und ihre Zöglinge in die aufstrebenden naturwissenschaftlichen Disziplinen des 18. Jahrhunderts einweihten. 1780, einundzwanzigjährig, kommt der junge Stürmer in eine Advokatenkanzlei nach Paris. Jahre des Vernens, des Gemisses, Jahre des Reisens. Sieben Jahre später macht er seine eigene Kanzlei auf, die ihm sicher anfangs Zeit läßt, sich in die geistigen Strömungen seines Zeitalters zu versenken. Die Enzyklopädie der D'Alembert, Diderot, Voltaire wird ihm vertraut. Ihr revolutionärer Atem erfüllt ihn.

Die Ereignisse der Zeit drängen Dantons Sinn bald aus dem juristischen ins Politische. Am 1. Mai 1789 sind die Wahlen zur Einberufung der Generalstände, die seit 1614 nicht mehr zusammengetreten waren. Der drohende Staatsbankrott brachte die Kräfte, die zur Ordnung, zur bürgerlichen Ordnung drängten, in Bewegung. Am 14. Juli 1789 fällt die Bastille. Danton setzt sich an die Spitze der eben formierten Bürgermiliz seines Distrikts. Dieser Distrikt der Cordeliers war der glühende Kern von Paris, Danton die glühende Seele dieses Distrikts. Bald gehörte er auch zu den Borderben in der Gesellschaft der Menschenfreunde, wie zuerst der Jakobinerklub hieß. Es war eine bewegte Zeit, in der es noch keine politische Ueberlieferung, keine politischen Programme, keine politischen Parteien gab. Jeder, der verantwortlich politisch handeln wollte, mußte sich aus dem Strudel der Zeit erst seine Meinung gestalten.

„Auch Danton empfing von niemandem seine politische Meinung. Von seinem Liebhaber Diderot hatte er gelernt, daß die Souveränität in einem Einzelnen sitzen konnte und dann

Diese Arbeitsmarktpolitik ist nicht nur, wie wir noch sehen werden, eine wirtschaftliche. Sie ist stark von nationalpolitischen, aber auch von bevölkerungspolitischen Motiven durchsetzt.

Nationalpolitisch stehen die Fabrikherren der ostfranzösischen Schwerindustrie ziemlich weit rechts. Mit dieser politischen Einstellung würde es schlecht in Einklang zu bringen sein, wenn diese Fabrikherren gerade deutsche Arbeiter in großen Massen heranzögen würden. Etwas anders liegen die Dinge im lothringischen Kohlenbecken, wo die aus dem Saargebiet und dem Rheinland stammenden deutschen Arbeiter sich nach Sprache und Lebensgewohnheiten kaum von der einheimischen Bevölkerung unterscheiden und wo es auch ein Mißtrauen gegen die Deutschen nicht gibt. Daher findet man dort unter den Arbeitern viel mehr Deutsche als im eigentlichen Erzbecken.

Bevölkerungspolitisch ist man bestrebt, die Belgier, Luxemburger und Italiener

ständig anzusiedeln,

was auch zum Teil gelingt. Die in Frankreich geborenen Kinder der Angeseidelten sind nach französischem Gesetz ohne weiteres Franzosen, sofern sie nicht mit 20 Jahren ausdrücklich für die Heimat ihrer Eltern optieren.

Italien, aber auch andere Länder, bemühen sich, dieser Nationalisierungspolitik Frankreichs entgegenzuwirken. Italien zählt zum Beispiel den schwangeren Frauen die Kosten der Heimreise und eine Prämie, um diese Frauen zu veranlassen, die Kinder in Italien zu gebären.

Es ist ohne weiteres klar, daß eine Entnationalisierung der nahe behelmoteten Deutschen viel schwerer ist. Das sind zwei der Gründe, weshalb man im lothringischen Erzbecken so wenig Deutsche findet. Der für die Schwerindustriellen ausschlaggebende Grund dürfte aber ein anderer sein.

J. Steiner-Jullien.

Monarchie genannt wurde, oder im Volke sah und Demokratie hieß. Er war Demokrat... Ueber die politischen Abstraktionen Robespierres lächelte er und juckte die Achseln über Marat, für den Volktum etwas Erhöhtes und Erhöhtbares war. Nichts dergleichen! Auf die sichere Bitterung für das Gebot der Stunde, auf das nie trügende Gefühl für die gegebenen Möglichkeiten, darauf kam es an...“

Die Konstituante ging im Herbst 1791 auseinander. Die ungeheuren Reichsgüter waren zu etwa fünf Sechsteln an die zahlungsfähige Bourgeoisie übergegangen, der Wille des Volkes war zum Gesetz geworden. Die Legislative, die gesetzgebende Nationalversammlung, begann nunmehr ihr Werk. Es galt der schmelzenden Gegenrevolution Herr zu werden. Danton führt. Der König wird abgesetzt, der Nationalkonvent gefordert, das allgemeine und gleiche Wahlrecht verkündet. Es lebe die Demokratie!

Danton wird Justizminister. Er greift durch. Die verächtlichen Feinde der neuen, noch gärenden Ordnung werden durch juristische Republikaner ersetzt. (Die Geschichte wird zum Vorbild.) Danton führt im Ministerrat, Innenres, Außenres, Krieg, Marine, Finanzen — in jedes Fach griff er rücksichtslos ein. Die Souveräne Europas jähren um ihre Throne. Der Krieg steht vor der Tür. Die Republik ist in Gefahr. Danton alarmiert das Land, Millionen begeistern seine revolutionäre Energie. In Balmig kommen die feindlichen Söldnerheere zum Stehen. Goethe erkannte die Bedeutung des Tages. Eine neue Epoche der Weltgeschichte hatte begonnen. Mit dem Zusammenritt des Nationalkonvents verdrängte Danton auf sein Ministeramt; Abgeordnete durften keine Minister sein. Er wollte Parlamentarier sein, dem Volk unmittelbar verantwortlich. Ein so begnadeter Redner wie er brauchte diese Unmittelbarkeit der Wirkung. Danton ist als Kommissar im Auftrag des Konvents in Belgien, um dort nach dem Recht zu sehen. Hier erreicht ihn die Nachricht von der Enttötung seiner Frau, seiner Gabrielle. Er rast zurück nach Paris. Vergebens; sie ist schon unter der Erde. Simulose Wut sprengt diesen beherrschten Menschen. Doch er kann nur einen letzten Leib aus dem Grabe herauswühlen.

Danton ist gegen den die Republik erschöpfenden Propagandakrieg. Einheit der Republik ist kein Ziel, Enttötung der Männer, die sie vertreiben. Vergeltung mahnt er, immer wieder. Keuchere und innere Schwierigkeiten werden seinen breiten Schultern aufgebürdet. Er wird in den Wohlfahrtsausschuß nicht wiedergewählt. Robespierre und seine Anhänger ergreifen die Fühel. Der Wohlfahrtsausschuß wird vorläufige Regierung; Robespierre beherrscht unbeschränkt den Apparat. Danton wird royalistischer Umtriebe beschuldigt und mit seinen Freunden Camille Desmoulins, Westermann verhaftet. Das Verhör? Eine Farce. Die Revolution zerkämpft ihren kollektiven, lautersten Sohn. Auf dem Wege zur Guillotine brennt David das Antlitz Dantons in Dauer: „Trotz, Stolz, Hohn, doch auch Ekel an der Gemeinheit des Daseins, Scham, so überhäuft zu sein, und so Danton ein Mensch ist, gebändigt die menschliche Angst vor dem Tode.“

So stellt Hermann Wendel die Gestalt Dantons vor uns hin. Danton, seine Zeit, die Epoche des frühkapitalistischen Bürgertums wird in exakten Zügen lebendig, befreit aus dem Staub langsam durchgearbeiteter Akten und Quellen. Danton! Der junge Georg Büchner hatte einst versucht, die dichterische Ahnung von Dantons mächtiger Gestalt zu zeichnen. Hermann Wendel formt sie heute mit der Hand des erfahrenen Meisters.

J. P. Mayer

Ein Stilllegungsstandal.

Konzernpolitik gefährdet das Wirtschaftsleben.
Dresden, 12. November. (Eigenbericht.) Die Gussstahlwerke Freital-Döhlen werden am Freitag stillgelegt. Die Vertreter der Vereinigten Stahlwerke A.-G. haben die Stilllegung beschlossen, obgleich das Werk bis März mit Aufträgen versorgt und der Auftragsbestand im allgemeinen beträchtlich gestiegen ist. Am Donnerstag ist die letzte Schicht.

Durch die Stilllegung werden 800 Arbeiter, die jetzt noch auf den Gussstahlwerken tätig sind, brotlos. Die Werke in Piena und Kainsdorf in Sachsen, die dem gleichen Konzern angeschlossen sind, werden ebenfalls stillgelegt.

Will sich der sächsische Staat diese Stilllegung, die den getroffenen Vereinbarungen entgegensteht, gefallen lassen? Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird die Stilllegungsangelegenheit am Donnerstag im Sächsischen Landtag zur Sprache kommen.

(Der „Borwärts“ hat sich am Dienstag in seinem Wirtschaftsteil eingehend mit diesem Skandal beschäftigt.)

Hehe gegen die VVO.

„8 Prozent Lohnraub.“

„Brolat will den Lohnraub mit Hilfe der Gewerkschaften durchführen“ — wird in der RPD-Presse geschwätzt. Um die Geschichte glaubhaft erscheinen zu lassen, wird eine angebliche Erklärung Brolats als Zitat gebracht.

Um dieser Hehe gegen die VVO, und den Direktor Brolat den Boden zu entziehen, weisen wir in Verbindung mit der Darlegung der Verhältnisse im heutigen Morgenblatt des „Borwärts“ ausdrücklich darauf hin, daß der Tarifvertrag zwischen der VVO, und dem Gesamtverband bis 31. März 1931 in Geltung ist.

Wie die Dinge in Deutschland sich bis dahin gestalten werden, kann heute niemand wissen, doch soviel steht fest, daß der geltende Lohnarif bis dahin unverändert bleibt.

Die angebliche Erklärung Brolats, es seien bereits Verhandlungen mit den Gewerkschaften angedacht, um „den Lohnraub mit Hilfe der Gewerkschaften“ durchzuführen, ist eine aus den Fingern geflogene Behauptung.

Was „die sozialdemokratischen Arbeiter“ zu dieser kommunistischen Verlogenheit sagen werden, darauf sollte die RPD-Presse nicht begierig sein.

Tertiilarbeiterkampf in Nordhorn.

In einigen Tagen soll erneut verhandelt werden.

Nordhorn, 12. November.

In den am Dienstag unter Vorsitz des Schlichters für Westfalen geführten Verhandlungen im Lohnstreit in der Tertiärindustrie einigten sich die Parteien dahin, in einigen Tagen die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es sind ungefähr 5000 Tertiärarbeiter ausgesperrt — nicht im Streit, wie die Unternehmer in ihren Pressenmitteilungen angeben.

Die englische Arbeitslosenziffer hat in der letzten Woche eine Zunahme um 25 626 erfahren, so daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen sich damit auf 2 263 127 erhöht. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt die Steigerung 1 011 169.

Zür die Musiker.

Produktive Arbeitslosenhilfe.

Einen neuen Weg zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit im Musikerberuf als Folge der Mechanisierung der Musik und des Uebergangs zum Tonfilm hat das Arbeitsamt München beschritten. In München mit seinem angelegenen Vergnügungsgewerbe hat sich die Engagementslosigkeit zahlreicher Musiker — zur Zeit sind in München allein 390 Berufsmusiker in Arbeitslosenunterstützung und außerdem 115 als Arbeitsuchende gemeldet — besonders ungünstig ausgewirkt, so daß die Deffektivität bereits gegen das Spielen auswärtiger Kapellen Stimmung machte.

Das Arbeitsamt München hat nun aus einem Teil der bei ihm vorgemerkten arbeitslosen Berufsmusiker eine

Orchestergemeinschaft für volkstümliche Konzerte

zusammengestellt, die in drei Arten auftritt: als Klavierensemble von 12 bis 20 Mann, als Streichorchester von 25 bis 35 Mann und als Blasorchester nach Art der Militärkapelle von 28 bis 36 Mann.

Alle drei Orchesterarten stehen den Kaffeehäusern und Bierhallen, den Vereinen und Saalbesitzern gegen den üblichen Honorarlosch zur Verfügung und sind in häufigen Proben gut eingepflegt. Besonders wichtig ist das Blasorchester, da dieses die Militärkapellen in den größeren Bierhallen Münchens ersetzen soll.

Das Arbeitsamt München hat unter dem Gesichtspunkt ungerechtfertigten Doppelverdienstes einen einwandfreien Spielförper geschaffen, der bei seinem ersten Auftreten im Münchener Hofbräuhaus großen Anklang fand. Es hat den Beweis erbracht, daß auch die Zivilberufsmusiker bei tüchtiger Leitung sehr wohl zu einem disziplinierten, klangvollen Blasorchester zusammengeschlossen werden können.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen

VOLCK FEUERBESTATTUNGS-VEREIN V.V.a.B.
1913
UNTER REICHAUFSICHT
Nach drämonatiger Mitgliedschaft unbedingten Rechtsanspruch auf kostenlose, pietätvolle Bestattung
Kein Kirchenaustritt erforderlich
Man verlange kostenfrei Zusendung eines Prospekts oder Vertreterbesuch
Haupt-Geschäftsstelle: Berlin N. 4, Invalidenstr. 110 Fernruf: D1 Norden 6881

Vela-Feinsoda
(Kartonpackung) für Wäsche, Küche und Haushalt
das Billigste!

EBI Leberwurst
preiswert nahrhaft

Butterhandlung
Zu den drei Sternen
Ffilialen in allen Stadtteilen

Buchdruckerei Richter G. m. b. H.
Bln.-Charlottenburg 5
Sophie-Charlotte-Straße 15
Am Bahnhof Westend / D. 4, Wilh. 3275-28

Wäsche nach Gewicht
bodenfertig — getrocknet — gemangelt
von 20 Pfund an
Feine Herrenwäsche / Bardinonreinigung
Dampfwäscherei „Sophie Charlotte“
Gegr. 1897, Charlottenburg, Spreestraße 35, Fernruf: C 4, Wilhelm Nr. 331

Cöpenicker Ratskeller
Schloßstraße 4
Billige sehr gute Küche, gepflegte Getränke
Zimmer für Gesellschaften und Vereine
Sonnabends u. Sonntags Künstlerkonzert

Gebr. Löffler
Berlin O 17, Ostbahnhof
Kartoffelgroßhandlung
kaufen und verkaufen alle Sorten Speisekartoffeln waggonweise

VOLCK & GNADIG
Reparatur-Werkstatt
mit eigener Schweißanlage für graph. Maschinen
Rotations-, Tiefdruck- und Offsetmaschinen
Umzüge kompletter Druckereien
Berlin SW 61, Gitschiner Str. 15
Tel. F 1, Mpl. 3677, — Nachanruf: G 3, Südring 323 und 3241 F 2, Neukölln 46 59.

TACO
DRG FEDER-PATENT
bietet jedem Auto Schutz gegen Unfall sowie stoßfreie weiche Federung!
Verlangen Sie Prospekte:
„TACO“ Bln.-Charl., Schloßstraße 69, Kraftfahrzeug-Werkst. Tel.: Wilh. 9023, 9223, 24

Charlottenburger
Tapeten-Farbenhaus G. Schulz
Potsdamer Straße 6, Ecke Nehringstraße
Ausführung sämtlicher Linoleumarbeiten
Fernsprecher: Wilhelm 969

Gaststätte
normals „Zum Hackspecht“
Inhaber: Mathias Schröder
Hauerstr. 87 89
Zentrum 8964
Das Haus der guten Küche
Eigene Hauschlachtere!

Böttcher-Walzen
sind die besten!

Gebrüder Bilz
Maschinenfabrik u. Reparatur-Werkstatt f. Drucker- und Schnellpressenfabrik König & Bauer A.-G. für Montagen und Reparaturen
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 92
Telephon: F. 3, Bergmann 4001 — Nachruf: Südring 0038

HEINRICH SCHMITZ
Restaurant zum Dortmunder
Schmitz Industrie-Kasino
Kommandantenstraße 72 — Kronenstraße 12

Franz Schönherz
Bln.-Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 241
Nähe Hermannplatz
Bandagen — Gummistrümpfe
Spezialist für Senkfußelagen
Lieferant für Krankenkassen und Behörden

Autobereifung * Wilhelm Grabs
Vertrieb in- und ausländischer Reifen
Autoreifen- und Schlauch-Reparatur-
Werkstätte / Autorubehör
Berlin SW 48, Friedrichstr. 249
Nabe Belle-Alliance-Platz — Tel. F 3 Bergmann 4736

Neander-Bad
Neanderstraße 12

C. Hartseil, Wäsche-Verleih
Telephon: Moritzpl. 918. S 42, Fürstenstr. 20
Wäsche aller Art
Gute Beschaffenheit, kulante Bedingungen!

BAUHÜTTE BERLIN GMBH
BERLIN SW 68 / WILHELMSTRASSE 106
TELEFON: ZENTRUM 3205-3207/3284

J. L. Lindenberg & Co.
G. m. b. H.
NO 18, Große Frankfurter Straße 60-61
Glas — Porzellan — Steingut
Großhandlung
Lieferant nur an Wiederverkäufer!

Malerhütte
Berlin G. m. b. H.
VORMALS MALEREIGENOSSENSCHAFT BEGRÜNDET 1912
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR.: E 4 ALEXANDER 5628-30
ALLE MALERARBEITEN
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

„Hawag“
Heizung, Lüftung, Be- und Entwässerung
NO 18, Landsberger Str. 92, Tel.: Alex. 9130/1

Bauklempererei
Friedrich Hädicke
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen
SW 48, Friedrichstr. 24 TELEPHON Dönhoff 9372

Kliems Festsäle
Hasenheide 13-15
Tel. Hasenwald 0365
3 Säle u. Vereinszimmer zu kulanen Bedingungen.

Verbandshaus-Restaurant!
Rungestr. 30 Paul Koch
Verkehrslokal der Partei und des Reichsbanners
Wilh. Schuch
Baugeschäft
auch Ladenausbauten
Neukölln, Okersstraße 3
Fernsprecher Neukölln 1233

Groß-Destillation
August Schulz
Dresdener Straße 135
Kottbuser Tor

August Krauss
Spezial-Bauausführungen:
Drahtputz-, Zug- und Bildhauerarbeiten
Bin.-Tempelhof Germanastr. 143
Tel.: Südring 3901

Ia frischeste Vollmilch
in bester, fettreichster Qualität, die auf dem schnellsten Wege vom Erzeuger zum Verbraucher ohne Lagerung und Stapelung (dadurch 1-3 Tage älter) gebracht wird.
Außerdem offeriere: Ia H. Melereibutter (keine Mischware), sowie Ia Buttermilch und weißen Käse.
Achten Sie bitte beim Einkauf auf meine Firma.
Inhaber:
R 1981 Meierei Friedrichshagen, Adam Schöwer.

GEWERKSCHAFTL. GROSS-BAUUNTERNEHMEN